

— (Erhöhung der Preise für Brief- und Stempelmarken in Ungarn?) Aus Budapest wird uns berichtet: In parlamentarischen und finanziellen Kreisen kursiert das Gerücht, daß sich die ungarische Regierung mit dem Gedanken trage, eine Erhöhung der Preise für Brief- und Stempelmarken durchzuführen. An diesem Gerücht ist so viel zweifellos richtig, daß die ungarische Regierung einer schon in Oesterreich vielfach ventilirten Idee, den Preis der Briefmarken, wie etwa in Deutschland, zu erhöhen, nähertrat, so zwar, daß in Zukunft die 10 Hellermarke zirka 10 Pfennige, also 12 Heller kosten und das Porto überhaupt sich auf dieser Grundtarge weiterentwickeln würde. Gewisse Differenzen, die jetzt zwischen den Portogebühren in Ungarn und Oesterreich bestehen — in Ungarn kostet beispielsweise jeder Lokobrief noch 6 Heller —, würden bei dieser Gelegenheit ebenfalls geregelt werden, und was die Stempelmarken betrifft, wäre es möglich, auf einen Vorschlag zurückzugreifen, der schon früher im Finanzministerium durchberaten wurde, aber vor seiner Durchführung zurückgestellt werden mußte. Bei dem Umstand, als die ungarische Regierung derzeit eine Erhöhung der Staatseinnahmen wünscht und anstrebt und eine Spezialeinkommensteuer für Kriegszwecke schuf, ist es nur logisch, daß auch die Frage der Erhöhung der Preise für Brief- und Stempelmarken unsere Ressortministerien beschäftigt und Berechnungen über den materiellen Effekt solcher Maßnahmen vorgenommen werden. Es macht jedoch den Eindruck, als wären die Hoffnungen, die man in Oesterreich in eine derartige Preis-erhöhung der Brief- und Stempelmarken setzt, wenigstens was Ungarn betrifft, allzu hoch gespannt. Eine wesentliche, das Budget bedeutend beeinflussende Steigerung der Einnahmen könnte hierzulande aus diesen Titeln kaum erzielt werden, doch würde Ungarn einer derartigen Erhöhung des Preises der Marken sicherlich zustimmen, wenn sie in Oesterreich definitiv beschlossen werden sollte. Wohl kann Ungarn im Postwesen frei nach jeder

Sinsicht verfügen, aber nicht nur die Zweckmäßigkeit erfordert es, daß in beiden Staaten der Monarchie gleiche Portotarife bestehen, sondern auch der Wunsch der ungarischen Regierung, je höhere Staatseinnahmen zu erreichen, fällt hier, wie erwähnt, schwer in die Waagschale. Es wird daher, ehe diesbezüglich definitive Beschlüsse gefaßt werden, vor allem zu einer Vereinbarung zwischen der österreichischen und ungarischen Regierung kommen müssen, und dann werden beide Ministerien wohl auch die parlamentarische Genehmigung der Vorlagen anstreben. Denn, was die ungarische Regierung betrifft, will sie Maßnahmen, die mit einer Belastung der Bevölkerung verbunden sind, nicht im Verordnungswege verfügen. Wenn demnach das ungarische Kabinett, was das Wesen der Frage der Erhöhung der Preise für Brief- und Stempelmarken betrifft, sich nach der österreichischen Regierung richten will, dürfte wohl das österreichische Ministerium, was die Form — die parlamentarische Erledigung — betrifft, die Bedenken der ungarischen kompetenten Faktoren teilen.